

Aktion „Rettet den Stadtwald“

☞ Eine Initiative Bad Hönninger Bürger ☞

Rolf Zimmermann ♦ Zum Kronenborn 12 ♦ 53557 Bad Hönningen



Pressemitteilung 01/2015

19. Januar 2015

Windkraft in der VG Bad Hönningen

Aktion „Rettet den Stadtwald“ zieht positive Bilanz ihrer Arbeit

Den seitens der Verbandsgemeinde Bad Hönningen (VG) verkündeten Ausstieg aus den Windkraftplänen haben die Mitglieder der Aktion „Rettet den Stadtwald“ mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Weniger erfreut ist man über die Tatsache, dass der für die Planungen verantwortliche VG-Bürgermeister Mahler die Bürger der VG mit allerdings sehr einseitigen Pro-Windkraft Informationsveranstaltungen über die Pläne der Verwaltung informierte. Lange Zeit wurden alle Contra-Argumente verharmlost, Bedenkenräger mit Argumenten wie „Wollt Ihr Atomkraft oder Erneuerbare Energien?“ abqualifiziert und als reine Windkraftgegner hingestellt. Erst jetzt, nach Vorliegen der Potenzialanalyse unabhängiger Gutachter wird deutlich, wie richtig und gründlich die Mitglieder der Aktion die Gesamtsituation analysiert und eingeschätzt haben, wie effizient sie zum Wohle der Bürger initiativ geworden sind. Wäre es von Anfang an zu einem intensiven, konstruktiven, offenen und ehrlichen Dialog mit dem Bürger gekommen, wären der VG mehrere hunderttausend Euro Kosten erspart geblieben, und der VG-Bürgermeister hätte nicht über eigene Fehler nachdenken und sich um den sozialen Frieden im Verhältnis zu Bürgern und Anwohnern angrenzender Gemeinden wie Hausen und Waldbreitbach Sorgen machen müssen.

Vergleicht man die Ergebnisse der Potenzialanalyse mit denen in der Präsentation (Faktencheck) der Aktion dargestellten Fakten, wird die hohe Übereinstimmung in den Aussagen zur ökologischen und ökonomischen Sinnhaftigkeit der für das Bad Hönninger/Rheinbrohler Waldgebiet geplanten Windkraftanlagen deutlich:

1. Aufgrund mäßiger Windhöufigkeit (ca. 5,8 m/Sek.) ist die Wirtschaftlichkeit gering bis fragwürdig;
2. die Zuwegung für den Bau der Windräder ist höchst problematisch;
3. die geplanten Standorte liegen mitten in einem Natura 2000/FFH-Gebiet und in der Kernzone des Naturparks „Rhein-Westerwald“;
4. für die Freiflächen der einzelnen Standorte müssen eine Vielzahl von über hundertzwanzig Jahre alten Buchen weichen;

5. aus artenschutzrechtlichen Gründen (Bestände an Rotmilan, Schwarzmilan, Fledermäuse, Schwarzstorch) sind die Standorte höchst bedenklich, wobei der im Bereich Reidenbruch geortete Schwarzstorch den Verantwortlichen schon länger bekannt war, aber verschwiegen wurde;
6. die Standorte liegen im ungünstigsten Fall weniger als 800 m entfernt von menschlichen Ansiedlungen, d.h. es sind gesundheitliche Gefährdungen durch Infraschall zu befürchten.

Alle diese Argumente wurden seitens der Initiative seit nunmehr über zwei Jahren immer wieder vorgetragen, aber sowohl vom VG-Bürgermeister als auch den Räten der Stadt- und Gemeindeparlamente allenfalls zur Kenntnis genommen. Ein seitens VG-Bürgermeister eingerichteter nicht öffentlich tagender Arbeitskreis „Windkraft“ mutierte zur reinen Alibi-Veranstaltung ohne Entscheidungsbefugnis. Neben der Tatsache, dass die dann letztendlich von der Verwaltung durchgeführten Info-Veranstaltungen sehr einseitige Pro-Windkraft Veranstaltungen waren, bei denen Naturschutzverbände als Redner nicht zugelassen, Gegenargumente unerwünscht und sogar Redeverbote für anwesende Kritiker ausgesprochen wurden, muss festgestellt werden, dass Briefe der Initiative an die Staatskanzlei in Mainz, an die SGD-Nord sowie an den Landrat und die Kreisverwaltung und andere zuständige Behörden mit berechtigten Fragen zur Windkraftproblematik bzw. den Folgen für Natur und Mensch nur mit Verzögerung oder oftmals gar nicht beantwortet wurden. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier gezielt verschleppt und taktiert wurde, da die Anfragen unangenehm und politisch unerwünscht waren. Die Zuständigkeiten wurden oftmals permanent von einer Behörde zur anderen weitergegeben, wobei abschließend immer wieder die Endverantwortung der Gemeinde betont wurde. Informationsgehalt für die Aktion: Null.

Zeitgleich wurden viele Aktionen der Initiative wie z. B. Info-Stände, Informationsveranstaltungen und eine Waldbegehung durchgeführt. Die in Geschäften ausgelegten Unterschriftenlisten wurden boykottiert, Geschäftsleute nahmen auf massiven Druck von Politikern die Unterschriftenlisten wieder von den Theken. Es gab eine Vielzahl von herabsetzenden Leserbriefen von SPD-Mitgliedern, es wurden sogar juristische Schritte gegen die Initiative und einzelne Mitglieder angedroht. Unverständlicherweise wurden aber auch Leserbriefe der Initiative zuweilen nur stark gekürzt oder mit erheblicher Verzögerung in der Presse veröffentlicht. All dies ist ein Lehrstück, wie despektierlich Behörden und Politiker, aber auch die örtliche Presse angesichts einer Entscheidung von doch erheblicher Tragweite mit dem mündigen Bürger umgehen. Die so oft geforderte Bürgerbeteiligung blieb wieder einmal weitestgehend auf der Strecke.

Die Aktion „Rettet den Stadtwald“ zieht abschließend eine positive Bilanz und kann zu Recht auf eine engagierte, erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Das Ziel, die Wälder von Bad Hönningen und Rheinbrohl als Naherholungsraum für die Menschen und Bürger in ihrem jetzigen Zustand als Naturpark mit einer attraktiven Fauna und Flora zu erhalten und einer Industrialisierung durch Windkraftanlagen zu entziehen, scheint erreicht. Im Gegensatz zu den Entscheidungsträgern in der VG Bad Hönningen hat die Initiative von Anfang an alle Pro's und Contra's der Nutzung von Windkraft sehr detailliert untersucht und ist bereits im Jahre 2012 zu dem Fazit gekommen, dass Windräder in unseren Wäldern sowohl aus ökologischen als auch aus

ökonomischen Gründen deplatziert sind. Die am 16. Jan. 2015 übergebene Potenzialanalyse unabhängiger Gutachter vom 18. Dez. 2014 kommt quasi zu demselben Ergebnis. Hätten sich die politisch Verantwortlichen der VG mit gleicher Gründlichkeit im Vorfeld der Planungen mit der Gesamtproblematik „Windkraft“ auseinandergesetzt, wären den Bürgern unnötige Planungskosten für eine "Positivplanung" erspart geblieben; Geld, das an anderer Stelle angesichts der desolaten Kassensituation der Stadt und der Ortsgemeinden viel sinnvoller und effizienter hätte eingesetzt werden können. Trotz des sinnvollen Ausstiegs aus der Windkraft sollte dies Politiker und Bürger gleichermaßen nachdenklich stimmen für die Abwicklung zukünftiger Projekte. Im vorliegenden Fall ist zusammenfassend festzustellen, dass man zwar Politik gegen jede Vernunft machen kann, aber niemals gegen geltende Naturgesetze, seien es physikalische oder ökonomische.

Weiterhin ist festzustellen, dass der Verbandsbürgermeister in letzter Zeit nur mit den angrenzenden Bürgerinitiativen einen intensiven Kontakt pflegt, um damit ein positives Bild einer vermeintlichen Transparenz und Offenheit zu erreichen. Auf die planerische Fortführung des hiesigen Flächennutzungsplanverfahrens können diese Bürgerinitiativen allerdings keinen Einfluss nehmen.

Wir danken an dieser Stelle allen Unterstützern in den Naturschutzverbänden, namentlich Harry Neumann vom BUND und dem Biologen Immo Vollmer. Wir danken aber vor allem den zahlreichen Befürwortern unserer Arbeit aus der Bürgerschaft, die uns immer wieder ermutigt haben, unser Wirken fortzusetzen. Wir werden die noch durchzuführenden Schritte der Verbandsgemeindeverwaltung zum Abschluss des Flächennutzungsplanverfahrens sehr aufmerksam beobachten.